



Nr. 150 | 09.12.2021

Zentralasien-Analysen

- Zentralasien nach der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan
- Präsidentenwahl in Usbekistan

■ ANALYSE	
Die Auswirkungen der Machtübernahme der Taliban in den Grenzgebieten des Pamirs	2
Mélanie Sadozaï (Institut national des langues et civilisations orientales, INALCO, Paris, Frankreich/Elliott School of International Affairs an der George Washington University, Washington, D.C., USA)	
■ UMFragen	
Ansichten in Zentralasien zur Machtübernahme der Taliban in Afghanistan	7
■ KOMMENTAR	
Was sagt die Präsidentschaftswahl in Usbekistan über die Zukunft des Landes aus?	8
Temur Umarov (Carnegie Moscow Center)	
■ DOKUMENTATION	
Vorläufiges Endergebnis der Präsidentschaftswahl in Usbekistan vom 24. Oktober 2021	9
■ CHRONIK	
21. September – 08. Dezember 2021	11
Kasachstan	11
Kirgistan	14
Tadschikistan	18
Turkmenistan	21
Usbekistan	25

Die Auswirkungen der Machtübernahme der Taliban in den Grenzgebieten des Pamirs

Mélanie Sadozaï (Institut national des langues et civilisations orientales, INALCO, Paris, Frankreich/Elliott School of International Affairs an der George Washington University, Washington, D.C., USA)

DOI: 10.31205/ZA.150.01

Zusammenfassung

Wie wirkt sich der Aufstieg der Taliban auf das Leben im afghanisch-tadschikischen Grenzgebiet im Pamirgebirge aus? Bevor die Grenzen im März 2020 im Zuge der Coronapandemie geschlossen wurden, brachten die grenzüberschreitenden Aktivitäten in der Region für die Gemeinden beider Seiten Vorteile mit sich. Mit der Machtübernahme der Taliban zeichnet sich nun ab, dass die Grenzen wohl noch eine Weile geschlossen bleiben werden. Die Arbeit basiert auf langjährigen Feldforschungen der Autorin entlang der Grenze, die zwischen 2014 und 2021 durchgeführt wurden, unter anderem auch im Sommer 2021, als die Taliban in den Grenzdistrikten Nordbadachschan die Kontrolle übernahmen. Der Beitrag soll verdeutlichen, inwiefern die Auswirkungen der Grenzschließungen auch in Tadschikistan zu spüren sind.

Pamir: Berg-Badachschan (VMKB) und afghanisch Badachschan vis-à-vis

Die Autonome Provinz Berg-Badachschan (tadschikisch: Wilojati Muchtori Kuhistoni Badachschan, VMKB [Um Verwechslungen zu vermeiden, wird die Autonome Provinz Berg-Badachschan im Folgenden mit der Abkürzung VMKB bezeichnet, während mit »Badachschan« oder der »Provinz Badachschan« im Rahmen dieses Textes ausschließlich die afghanische Provinz Badachschan gemeint ist.]) grenzt unmittelbar an die gleichnamige afghanische Provinz Badachschan. Ähnlich wie im Falle des tadschikischen Pamirs ist diese kulturell als auch geographisch vom restlichen Afghanistan isoliert: Ihre Bewohner:innen sind größtenteils ismailitische Schiit:innen, die eine Reihe von Pamirsprachen sprechen, welche sich von Dari deutlich unterscheiden. Die beiden Ausreißer sind der darisprachige und sunnitische Distrikt Darwas sowie der Wachankorridor, wo sunnitische Kirgis:innen leben. Die Bewohner:innen Badachschan waren durch ihre abgeschiedene Lage lange sowohl von den urbanen Regionalzentren Faizabad und Kunduz als auch der afghanischen Hauptstadt Kabul abgeschnitten. Erst in den 2000er-Jahren wurde mit dem Aufbau einer lokalen Infrastruktur begonnen, um die Grenzgebiete mit dem Rest des Landes und dem Nachbarland Tadschikistan zu verbinden. Wie ein langjähriger Mitarbeiter des ismailitischen *Aga Khan Development Network* (AKDN) – der wichtigsten Nichtregierungsorganisation für Entwicklungsarbeit vor Ort – mir im Juli 2021 erklärte: »Vielleicht hätten wir diese Ergebnisse [die Entwicklung der afghanischen Grenzdistrikte] auch erreicht, wenn es die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nicht gäbe, wahrscheinlich aber erst nach 50 oder 60 Jahren. Ich denke, dass die gemeinsame Grenze mit Tadschikistan den Prozess beschleunigt hat.«

Beim genaueren Blick auf die afghanische Region Badachschan fallen zwei entscheidende Besonderheiten auf: Zum einen haben sich die Grenzdistrikte bisher durch ein friedliches Zusammenleben unterschiedlicher religiöser und linguistischer Gemeinschaften ausgezeichnet. Zum anderen haben sie dank ihrer Nähe zu Tadschikistan auch ein gewisses Entwicklungsniveau erreicht. Als die Taliban in den Grenzgebieten ankamen, mussten sie sich an die lokalen Besonderheiten anpassen. Außerdem waren sie das erste Mal mit den dort lebenden Menschen konfrontiert. Diese hatten noch nie zuvor auch nur einen einzigen Talibankämpfer gesehen. Es muss jedoch beachtet werden, dass die Taliban in den Distrikten Darwas, Nusai, Kufab und Khawan bereits seit Mitte 2018 einzelne Dörfer, nicht aber die Verwaltungszentren, unter ihre Kontrolle gebracht hatten. In die Distrikte Scheghnan, Ischkaschim und Wachan hingegen drangen die Taliban erst im Zuge ihrer Machtübernahme im Sommer 2021 vor.

Tadschikistan schloss seine Grenzen zu Afghanistan bereits am 28. Februar 2020, fast anderthalb Jahre vor der Machtübernahme der Taliban. Während die meisten zentralasiatischen Republiken mit den Taliban über Kooperations- und Anerkennungsmöglichkeiten verhandeln, geht Tadschikistan einen Sonderweg: Das Regime verurteilt die Taliban-Herrschaft und zeigt bislang keine Bereitschaft zur Kooperation mit den neuen Machthabern in Kabul. Zudem ist sich die tadschikische Regierung bewusst, welchen Einfluss die Gemeinden beiderseits der Grenze aufeinander haben, weshalb sie sich bisher nicht dazu durchringen konnte, die Grenzübergänge wieder zu öffnen. Dadurch wurde ein Wiederaufleben produktiver Beziehungen zwischen den afghanischen und tadschikischen Grenzgemeinden verhindert. Weil die tadschikischen Behörden sich weigern, die Tali-

ban als legitime Regierung Afghanistans anzuerkennen, bleibt eine Wiederaufnahme der grenzüberschreitenden Aktivitäten fürs Erste undenkbar. Anders als in der westlich der Grenze zu Afghanistan gelegenen tadschikischen Provinz Chatlon sind die Grenzbewohner:innen der VMKB stärker auf den grenzüberschreitenden Austausch angewiesen. Deshalb hat sich der Aufstieg der Taliban nicht nur in den afghanischen Grenzgebieten, sondern auch in den tadschikischen Grenzgebieten der VMKB auf das Alltagsleben ausgewirkt.

Die Taliban in Badachschan: Ein historisches Ereignis

»Ich habe es noch immer deutlich vor Augen. Am 5. Juli 2021 betraten die Taliban zum ersten Mal in der Geschichte mein Dorf. Ich werde mich an dieses Datum für den Rest meines Lebens erinnern.« An dieser Schilderung eines 36 Jahre alten Afghanen lässt sich die historische Tragweite der Ankunft der Taliban entlang der nördlichen Grenze Afghanistans ermessen. Als die Taliban zwischen 1996 und 2001 zum ersten Mal Afghanistan beherrschten, stand die gesamte Provinz Badachschan unter der Kontrolle der oppositionellen Nordallianz, die bewaffneten Widerstand gegen das Talibanregime leistete. Damals blieben die Grenzdistrikte von der Gewalt der Taliban verschont, wie sie aus anderen Teilen Afghanistans bekannt war. In den abgelegenen Grenzgebieten war die Zentralregierung weder physisch noch politisch präsent. Für ihre Einwohner:innen waren die Taliban eine fremde Realität, die sie nur aus dem Radio kannten, der einzigen Nachrichtenquelle zu jener Zeit.

Anfang Juli 2021 drangen die Taliban zum ersten Mal in die Grenzdistrikte ein, und stießen dabei auf keinen Widerstand. Mehr als 1.000 afghanische Streitkräfte waren bereits nach Tadschikistan geflüchtet, sodass sich in dem Gebiet keine Militär- oder Polizeieinheiten mehr aufhielten, um es zu verteidigen. Auch die lokale Bevölkerung beteiligte sich nicht an gewaltsamem Widerstand, wie er in anderen Teilen Afghanistans zu beobachten war, wo selbstorganisierte Bürgermilizen gegen die Taliban kämpften. Ein paar Stunden nach ihrer Ankunft hissten die Taliban ihre offizielle weiße Flagge über den Distriktverwaltungen, Grenzbrücken und Grenzübergängen. Dann trafen sie sich mit der lokalen Bevölkerung, den Dorfältesten und den Leiter:innen von Kliniken und Entwicklungsprogrammen, um ihnen zu versichern, dass sie keine Gewalt anwenden würden, und das Leben weiter seinen gewohnten Gang gehen könnte – jedoch nach ihren Regeln. Diese Regeln betreffen vor allem Frauen. Sie müssen ihr Gesicht und ihren Körper nach den Vorstellungen der Taliban bedecken, einen männlichen Verwandten als Begleitperson haben, und dürfen nicht mehr Seite an Seite mit Män-

nern zusammenarbeiten – auch wenn es sich um ihre Kollegen handelt. Entlang der Grenze hat es solche strengen Vorschriften bisher noch nie gegeben.

Im Gegensatz zu verschiedenen Bildern, die in den Medien verbreitet wurden und aus anderen Regionen Afghanistans stammten, gehören körperliche Misshandlungen von Talibangegner:innen in den Grenzgebieten nicht zum Alltag. Der allererste Fall, der von dort gemeldet wurde, ereignete sich Monate nach der Übernahme der Region in der Nähe von Ischkaschim, als ein flüchtender Mann durch Talibankämpfer getötet wurde. In manchen Distrikten dürfen Mädchen weiterhin die Schule besuchen und Frauen können arbeiten gehen, solange sie die strengen Anweisungen der Taliban befolgen. Viele der Talibankämpfer, die in den Grenzgebieten die Kontrolle übernommen haben, stammen selbst aus Badachschan. Von Einheimischen wurde das als ein Grund genannt, warum sie sich ihnen gegenüber so ruhig verhielten. Diese Kämpfer seien mit dem Zusammenleben der unterschiedlichen Gruppen in den Grenzgebieten vertraut und hätten deshalb kein Interesse daran, es zu zerstören. Es kann jedoch trotzdem nicht geleugnet werden, dass das neue Regime ein bedrohliches Lebensumfeld entlang der Grenze schafft.

Früher hörten wir Musik vom anderen Flussufer

Neben der Einführung geschlechtsspezifischer Regeln fingen die Taliban sehr schnell damit an, als Regierungsbeamte aufzutreten, um ihre fehlende formale Autorität zu kompensieren. So trieben sie Steuern ein und verlangten Berichten zufolge von LKW-Fahrern aus Chatlon Transitgebühren, da der letzte sich noch in Betrieb befindliche Grenzübergang unter ihrer Kontrolle ist. In der VMKB breiten sich Gerüchte aus, dass die Taliban die Märkte an den Grenzen wieder öffnen wollten, von der tadschikischen Regierung jedoch eine Absage erhalten hätten. Einheimische berichten auch, dass alltägliche Probleme wie Kleinkriminalität oder der Konsum von Alkohol und Drogen von den neuen Machthabern eingedämmt wurden. Ein Einwohner/eine Einwohnerin von Porschinew, einem kleinen, grenznahen Ort auf der tadschikischen Seite, erzählte mir im Juli 2021: »Früher hörten wir Musik vom anderen Flussufer und sahen die Menschen auf der afghanischen Seite ununterbrochen tanzen und lachen. Seitdem die Taliban gekommen sind, herrscht dort absolute Ruhe. Weder hören wir Afghan:innen, noch sehen wir sie, außer ein paar Älteren und den Taliban mit ihren langen Bärten und Turbanen.«

Die Taliban verfolgen jedoch im afghanischen Badachschan und entlang der nördlichen Grenze keine einheitliche Politik. Die Regeln scheinen sich von einem Distrikt zum Nächsten zu unterscheiden. So wurden

zum Beispiel in der Gegend von Kunduz Menschen aus ihren Häusern vertrieben, während aus den östlichen Grenzgebieten keine Vorfälle dieser Art bekannt sind.

Die trügerische Stille, die man in den Grenzgebieten beobachten kann, setzt die Menschen einem starken psychischen Druck aus. Das wirtschaftliche Überleben der meist armen Grenzgemeinden wird bereits durch die Covid-19-Pandemie und den damit einhergehenden Grenzsicherungen bedroht. Vor diesem Hintergrund sorgen die teilweise sehr hohen Pflichtabgaben bei den Menschen vor Ort für Beunruhigung. Sie befürchten, dass das neue Steuersystem die Armut noch verstärken wird und die Versorgung mit essenziellen Gütern gefährden könnte. Unter anderem deshalb flohen im Juli 2021 dreihundertsiebenzig ethnische Kirgis:innen aus dem Wachankorridor nach Tadschikistan. Angesichts der kürzlich erlassenen Beschränkungen der Rechte von Frauen stellt sich zudem die Frage, welche Konsequenzen es langfristig haben wird, wenn die Frauen vor Ort keine Möglichkeit mehr besitzen, unter vernünftigen Bedingungen ihrer Arbeit nachzugehen. Wie sollen zum Beispiel weibliche Patientinnen eine ordentliche Behandlung erhalten, wenn immer ein Mann anwesend sein muss? Auch auf der tadschikischen Seite der Grenze sind solche Befürchtungen zu spüren. Dort müssen die an der Entwicklung grenzüberschreitender Programme beteiligten Mitarbeiter:innen nun auf den täglichen Austausch mit den Menschen in Afghanistan verzichten, während sie sich um die Angehörigen ihrer ethnischen Gruppen sorgen, die auf der anderen Seite des Grenzflusses leben. Diese Sorge ist in den Grenzgebieten Tadschikistans weitverbreitet.

Welche Konsequenzen hat die schwierige Lage an der Grenze für die Menschen in Tadschikistan?

Ob in den sozialen Medien oder in zufälligen Gesprächen mit Einwohner:innen der tadschikischen Grenzgebiete, immer wieder stößt man auf ein tiefes Mitgefühl gegenüber den Menschen in Afghanistan. Die Vorstellungen vieler Tadschik:innen von Afghanistan haben sich seit Beginn des grenzüberschreitenden Austauschs in den 2000er-Jahren deutlich gewandelt: Galten Afghan:innen früher als ungebildet und rückständig, werden sie nun als Angehörige der eigenen ethnischen Gruppe gesehen, die eine ähnliche Religion und Sprache besitzen. Nachdem sie jahrelang einen Krieg nach dem anderen und nun die erneute Machtübernahme der Taliban erdulden mussten, werden sie von vielen Tadschik:innen als »arme Menschen« (tadschikisch: bichora) betrachtet, die schon viel zu lange unter politischer Instabilität zu leiden hätten. Wer mit Verwandten auf der anderen Seite der Grenze im Kontakt steht, ist in Sorge um sie und fragt sich, wann das nächste Mal ein Familientreffen möglich sein wird.

Auf einer allgemeineren Ebene haben sich die Grenzsicherungen massiv auf das Leben der Menschen in den Grenzgebieten ausgewirkt. Sie müssen nun auf all die Vorteile verzichten, die ihnen das Leben an der Grenze bisher bot. Die Aussetzung des grenzüberschreitenden Handels schlägt sich in den Preisen für Grundnahrungsmittel wie Gemüse oder Speiseöl auf den lokalen Märkten der VMKB nieder. Seitdem die Grenze geschlossen ist, sind sie rasant in die Höhe geschossen. Allerdings sollte nicht unerwähnt bleiben, dass Kirgistan seit dem Grenzkonflikt im Mai 2021 die Grenzen bis heute ebenfalls teilweise geschlossen hält und der Warenverkehr im Vergleich zum Vorjahr dadurch deutlich ausgebremst wurde. Auch die vom AKDN geförderte medizinische Mobilität wurde durch die Pandemie und die Ankunft der Taliban massiv beeinträchtigt. Im Rahmen der grenzüberschreitenden Programme der *Aga Khan Health Services*, einer Unterorganisation des AKDN, konnten medizinische Fachkräfte aus Tadschikistan in Afghanistan Patient:innen behandeln, und bekamen dafür zur Belohnung ein höheres Gehalt, als sie in Tadschikistan erhalten hätten. Afghanische Patient:innen hatten zudem in schweren Notfällen die Möglichkeit, im Aga-Khan-Gesundheitszentrum in Chorog, der Hauptstadt der VMKB, behandelt zu werden. Dabei stellten die Mitarbeiter:innen der Aga Khan Health Services sicher, dass sie problemlos einreisen konnten. Während in den Jahren zuvor Hunderte Notfallpatient:innen aus den afghanischen Grenzdistrikten in Tadschikistan behandelt wurden, waren es 2020 aufgrund der Grenzsicherungen nur noch vier. Die einzige Form grenzüberschreitenden Austauschs, die nicht so stark von den politischen Unruhen in Afghanistan betroffen zu sein scheint, ist die Energieversorgung.

In den tadschikischen Grenzgebieten klagen die Menschen über die geschlossene Grenze. Einige vergleichen sie sogar mit der Zeit des Bürgerkriegs von 1992 bis 1997, als man wenigstens, wie ein Einwohner von Ischkaschim mir erzählte, »die Grenze überqueren und Sachen mit Afghanistan austauschen konnte.« Mit der Pandemie und der Machtübernahme der Taliban brachen die grenzüberschreitenden Kontakte ab. Viele Menschen entlang der Grenze sind mit dieser Situation sehr unzufrieden.

Eine weitere, oft unterschätzte Auswirkung der Nachbarschaft mit einem von den Taliban kontrollierten Land zeigt sich in den Reaktionen einiger Bürger:innen Tadschikistans. Ende August boten Hunderte Männer aus der an die VMKB angrenzenden tadschikischen Provinz Chatlon an, sich dem Widerstand anzuschließen und ihm eine größere Aufmerksamkeit in den lokalen Medien zu verschaffen. Als ich ein paar Wochen später mit einem Freund aus dem Wachantal über die aktuelle Lage diskutierte, erzählte auch er mir, dass er, wie viele andere Menschen in seinem Ort, losziehen möchte, um

zu kämpfen. Seine Entscheidung hänge jedoch auch von der Haltung der Regierung ab. Am 13. September versammelten sich in New York Dutzende Tadschik:innen, um zur Unterstützung des Widerstands im Pandschir-tal aufzurufen. Während der Kundgebung schwenkten sie die tadschikische Nationalflagge. Neben einem Gefühl der Empathie spiegelt sich in solchen Reaktionen auf die jüngsten politischen Entwicklungen in Afghanistan auch ein gewisser tadschikischer Nationalismus, der sich bis hoch zum tadschikischen Präsidenten beobachten lässt. Dass in Afghanistan viele ethnische Tadschik:innen leben, nahm er zum Anlass, eine multiethnische Regierung in Kabul zu fordern und um internationale Unterstützung für seine Forderungen zu werben. Eine solche Rhetorik ist von Emomali Rachmon nicht das erste Mal zu hören. Allerdings hat sie in der letzten Zeit deutlich zugenommen und wird angesichts der unsicheren Lage wohl auch in Zukunft verstärkt zu hören sein.

Für die Zukunft sind Rückschritte zu erwarten

Bevor die in Badachschan gelegene Grenze zwischen Afghanistan und Tadschikistan im Februar 2020 geschlossen wurde, um laut offizieller Begründung die Covid-19-Pandemie einzudämmen, konnten die Gemeinden entlang der Grenze zunehmend von der gegenseitigen Nachbarschaft profitieren. Nun, da es in Afghanistan zu einem Regimewechsel gekommen ist, lehnen die tadschikischen Behörden eine Wiederaufnahme grenzüberschreitender Aktivitäten ab. Das hat Konsequenzen für das Leben der Menschen vor Ort, insbesondere in den Grenzgebieten Afghanistans, die im Juli 2021 das erste Mal in ihrer Geschichte an die Taliban fielen.

Nur einen Monat nach der Machtübernahme in den Grenzgebieten sendete die Einnahme Kabuls am 15. August 2021 ein deutliches Signal an die Gemeinden entlang der Grenze, dass die Taliban so schnell nicht mehr verschwinden werden. Im Alltag sorgen sich die Menschen vor allem um die Sicherheitslage. Während sich seit Juli 2021 keine Vertreter:innen der früheren Regierung mehr vor Ort befinden und es kaum Hoffnung auf ihre Rückkehr gibt, genießen die Dorfältesten – und in bestimmten Distrikten auch die religiösen Institutionen – immer noch den Respekt und das Vertrauen der Einheimischen. Für diese informellen Autoritäten hat es höchste Priorität, unabhängig von den jeweiligen Machthabern die Sicherheit ihrer Dörfer zu gewährleisten und jeglichen Schaden von der Bevölkerung abzuwenden. Indes könnte es gut sein, dass die Taliban weiterhin auf Gewalt verzichten werden, um ihre moralische Überlegenheit gegenüber der früheren, international anerkannten Regierung und dem afgha-

nischen Widerstand zu beweisen. Sie haben außerdem ein Interesse daran, den grenzüberschreitenden Handel – insbesondere mit dem ihnen extrem feindlich gesinnten Tadschikistan – wiederzubeleben, um die internationale Gemeinschaft von ihrer Regierungsfähigkeit zu überzeugen. Für den Alltag der Menschen wäre die Wiederaufnahme grenzüberschreitender Beziehungen eine große Erleichterung, da die nahegelegene Grenze ihnen in der Vergangenheit eine deutliche Verbesserung ihrer Lebensqualität gebracht hat.

Es besteht kein Zweifel, dass die Talibanherrschaft sich langfristig auf die Zukunftsperspektiven der Frauen in den Grenzgebieten auswirken wird. Einer der wichtigsten Arbeitgeber vor Ort ist das AKDN mit seinen seit den 2000er-Jahren entwickelten, grenzüberschreitenden Programmen. In ihnen sind viele lokale Mitarbeiter:innen, Männer wie Frauen, angestellt, die momentan ihrer Arbeit nicht mehr unter ordentlichen Bedingungen nachgehen können. Viele Frauen können nicht mehr zur Arbeit gehen, da sie in ihrem Umfeld keine männliche Begleitperson besitzen. Frauen, die aus weit entfernten Dörfern kommen, müssen von einem männlichen Mitglied der Familie begleitet werden, während diejenigen, die in der Nähe der medizinischen Zentren wohnen, allein zur Arbeit gehen können. Jüngere Frauen haben Angst, eines Tages bestraft zu werden, wenn sie die Schule besuchen. Vor diesem Hintergrund scheint es ausgeschlossen, dass die zuletzt erreichten Emanzipationsfortschritte beibehalten werden können.

Zahlreiche Afghan:innen, insbesondere ethnische Tadschik:innen, werden sich deshalb überlegen, das Land zu verlassen. Mit Ausnahme des sowjetisch-afghanischen Kriegs (1979–1989) ist es an der Grenze bisher nie zu Fluchtbewegungen größeren Ausmaßes von Afghanistan nach Tadschikistan gekommen. Der tadschikische Innenminister Ramazon Rahimzoda teilte am 01. September 2021 mit, dass das Land in den letzten Jahren mehr als 1.500 Geflüchtete aus Afghanistan aufgenommen habe und allein seit Anfang Juli 5.000 Angehörige des afghanischen Militärs die Grenze nach Tadschikistan überquert hätten. Ob es sich dabei um verlässliche Zahlen handelt oder nicht: Es ist nicht zu leugnen, dass Tadschikistan zur letzten Zuflucht vieler Afghan:innen geworden ist. In den sozialen Medien werden Videos von Afghan:innen geteilt, die sich an der Grenze versammeln, und der tadschikische Präsident hat die internationale Gemeinschaft persönlich dazu aufgerufen, Afghan:innen in Not zu unterstützen. Die tadschikischen Behörden sehen sich nach eigenen Angaben nicht dazu in der Lage, eine hohe Anzahl von Migrant:innen ins Land zu lassen. Da die europäischen Staaten jedoch eine Wiederholung der »Flüchtlingskrise« von 2015 verhindern und deshalb die Nachbarländer Afghanistans unterstützen wollen, könnte

sich die Lage bald ändern. Bisher wurden jedoch keine nennenswerten Maßnahmen ergriffen, um afghanische Geflüchtete aufzunehmen. Geflüchtete, die bereits seit Jahrzehnten in Tadschikistan leben, sind zudem immer noch strengen Bestimmungen unterworfen. Die feindselige Rhetorik der tadschikischen Regierung gegenüber

den Taliban könnte bei einigen Menschen das Verlangen wecken, illegal über den Grenzfluss Pandsch nach Tadschikistan zu flüchten. Seit dem Ende der Sowjetunion haben die tadschikischen Teile des Pamirs eine derartige Situation noch nicht erlebt.

Über die Autorin

Mélanie Sadozai ist Doktorandin für Internationale Beziehungen am Nationalen Institut für Orientalische Sprachen und Zivilisationen (*Institut national des langues et civilisations orientales*, INALCO) in Frankreich und Gastwissenschaftlerin an der Elliott School of International Affairs an der George Washington University in den Vereinigten Staaten. Ihre auf ethnographischen Methoden basierende Forschung konzentriert sich auf die grenzüberschreitenden Beziehungen in den abgelegenen Gegenden des afghanischen und tadschikischen Pamirgebirges. Akademische Arbeiten von ihr sind im *Journal of Borderlands Studies* und im *Journal of Power Institutions* erschienen. Sie beteiligt sich zudem an öffentlichen Vorträgen auf Französisch und Englisch, um aktuelle Geschehnisse in Tadschikistan und Afghanistan zu kommentieren.

Karte 1: Wichtigste grenzüberschreitende Aktivitäten an der Grenze zwischen Afghanistan und Tadschikistan

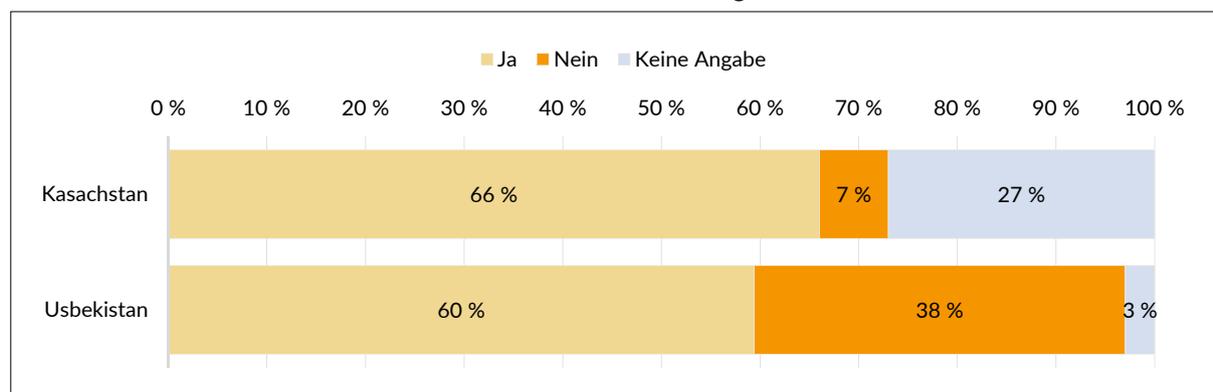


Quelle: Karte erstellt von Mélanie Sadozai; die Höhenangaben sind aus: KREUTZMANN Hermann, 2017, »Historical Geography of the Pamirs«, Oxford Research Encyclopedia of Asian History, 2017, May, p. 2.

UMFRAGEN

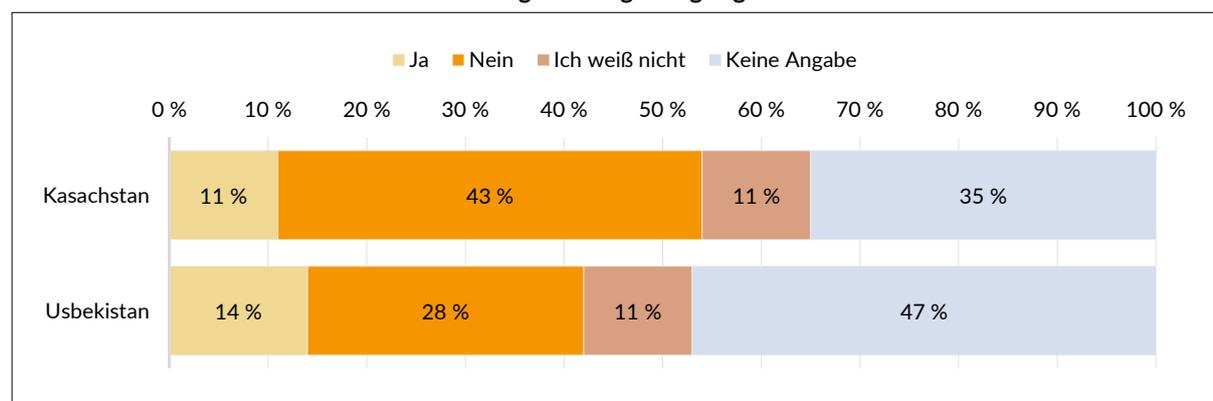
Ansichten in Zentralasien zur Machtübernahme der Taliban in Afghanistan

Grafik 1: Wissen Sie von der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan?



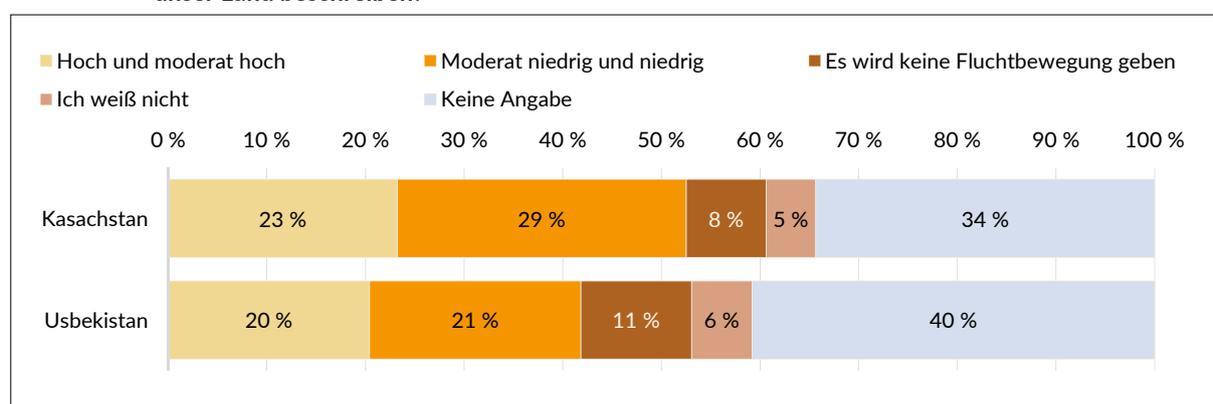
Quelle: Telefonumfrage zwischen August und September 2021 mit je 800 Befragten in Kasachstan und Usbekistan; Central Asia Barometer (<https://ca-barometer.org/en/news/central-asian-views-on-taliban-takeover-in-afghanistan>)

Grafik 2: Sollte unser Land die Taliban als legitime Regierung Afghanistans anerkennen?



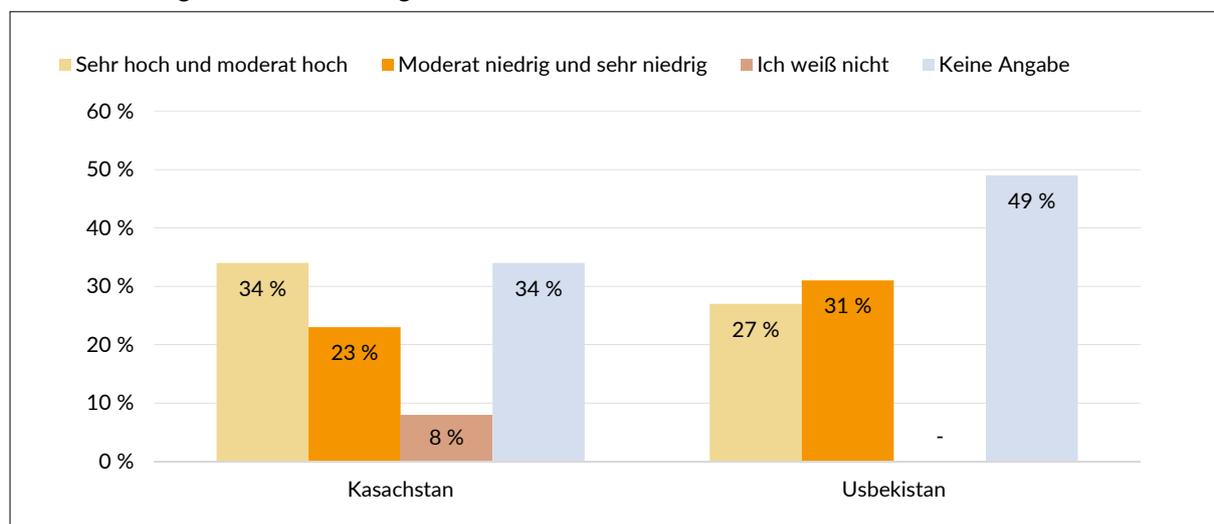
Quelle: Telefonumfrage zwischen August und September 2021 mit je 800 Befragten in Kasachstan und Usbekistan; Central Asia Barometer (<https://ca-barometer.org/en/news/central-asian-views-on-taliban-takeover-in-afghanistan>)

Grafik 3: Wie würden Sie die von Ihnen, wenn überhaupt, erwartete Fluchtbewegung aus Afghanistan in unser Land beschreiben?



Quelle: Telefonumfrage zwischen August und September 2021 mit je 800 Befragten in Kasachstan und Usbekistan; Central Asia Barometer (<https://ca-barometer.org/en/news/central-asian-views-on-taliban-takeover-in-afghanistan>)

Grafik 4: Wie groß ist Ihrer Meinung nach die Wahrscheinlichkeit, dass die Machtergreifung der Taliban in Afghanistan unsere Region destabilisieren wird?



Quelle: Telefonumfrage zwischen August und September 2021 mit je 800 Befragten in Kasachstan und Usbekistan; Central Asia Barometer (<https://ca-barometer.org/en/news/central-asian-views-on-taliban-takeover-in-afghanistan>)

KOMMENTAR

Was sagt die Präsidentschaftswahl in Usbekistan über die Zukunft des Landes aus?

Temur Umarov (Carnegie Moscow Center)

Am 24. Oktober hat die Präsidentschaftswahl in Usbekistan stattgefunden, bei der das amtierende Staatsoberhaupt für eine zweite Amtszeit wiedergewählt wurde. Das Resultat war für niemanden eine Überraschung: Trotz der umfangreichen Reformen weist die aktuelle politische Arena Usbekistans weiterhin keine richtige Opposition auf. Umso wichtiger ist es den Blick nicht zu sehr auf den Wahlprozess und dessen Ergebnisse zu richten, sondern auf das, was das politische System Usbekistans in den kommenden fünf Jahren erwartet.

Dank der in praktisch allen Bereichen vorgenommenen Reformen während der ersten Amtszeit von Präsident Mirsijojew genießt dieser breiten Rückhalt in der usbekischen Gesellschaft. Heute sind nur wenige gegen eine zweite und ohnehin verfassungsmäßige Amtszeit Mirsijojews. Allerdings sind die Ansprüche der Gesellschaft an die Staatsmacht seitdem auch gestiegen, zumal die Bevölkerung nun eine Vergleichsgrundlage hat. Daher stellt seine verhältnismäßig leichte Wiederwahl Mirsijojew gleichsam vor bedeutend größere Probleme: Wie kann die jetzige Popularität bis zum Ende der zweiten Amtszeit beibehalten werden, gerade im Hinblick auf den bevorstehenden Machttransit 2026?

Das Problem des Machttransits ist eine wichtige, wenn auch noch nicht dringende Frage. Bereits bei seinem Amtsantritt (<https://president.uz/oz/lists/view/4743>) am 6. November hat Schawkat Mirsijojew eine bevorstehende Reform der staatlichen Verfassung angedeutet – eine klassische Methode, mit der die Oberhäupter autoritärer Staaten ihre bisherigen Amtsperioden »annullieren« und somit ihre Amtszeit verlängern. Außerdem wurde die Verfassung für den Fall der Fälle bereits 2019 still und heimlich umgeschrieben (<https://www.gazeta.uz/ru/2021/01/06/constitution/>), sodass der Wahlausgang gegebenenfalls auch so interpretiert werden könnte, dass Mirsijojew nun seine erste Amtszeit seit der neuen Verfassung antritt.

Es bleiben offene Fragen: Bleibt Mirsijojew auf seinem bisherigen Reformkurs oder wird er in Zukunft doch verstärkt »die Schrauben anziehen«? Es ist davon auszugehen, dass der Reformprozess weitergehen wird, die praktische

Umsetzung ebener Reformen wird sich jedoch zunehmend schwierig gestalten. In seiner ersten Amtszeit vermochte Mirsijojew es, die meisten lästigen Verbote aus der Ära Islam Karimows mühelos aufzuheben und die Interaktion zwischen Bürgern und Staatsmacht zu vereinfachen. In seiner zweiten Amtszeit wird er sich jedoch mit weitreichenderen, und daher riskanteren, Änderungen auseinandersetzen müssen. Beispielsweise wird die Umsetzung von Reformen, welche die staatliche Transparenz erhöhen oder die öffentliche Kontrolle erleichtern, eher schwierig, da sie in unvermeidbarem Widerspruch zu den Interessen vieler Gruppen innerhalb der usbekischen Elite stehen.

Die Art und Weise, wie Mirsijojew die Interessenkonflikte mit anderen einflussreichen Akteuren handhaben und wie elegant er den Machttransit (wahrscheinlich von und an sich selbst) gestalten wird, wird die Stabilität des politischen Regimes Usbekistans für die nächsten fünf Jahre bestimmen.

Aus dem Russischen von Richard Schmidt

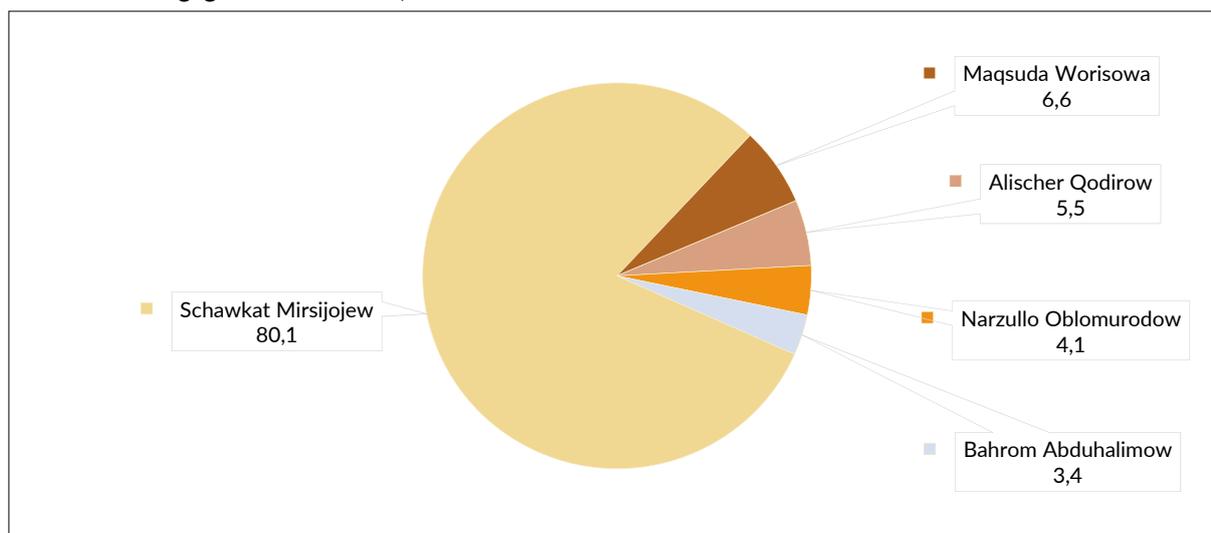
Über den Autor

Temur Umarov is a research consultant at Carnegie Moscow Center. A native of Uzbekistan, Umarov has degrees in China studies and international relations from the Russian Presidential Academy of National Economy and Public Administration, and Moscow State Institute of International Relations (MGIMO). He holds an MA in world economics from the University of International Business and Economics (Beijing). He is also an alumnus of the Carnegie-Tsinghua Center's Young Ambassadors and the Carnegie Endowment's Central Asian Futures programs.

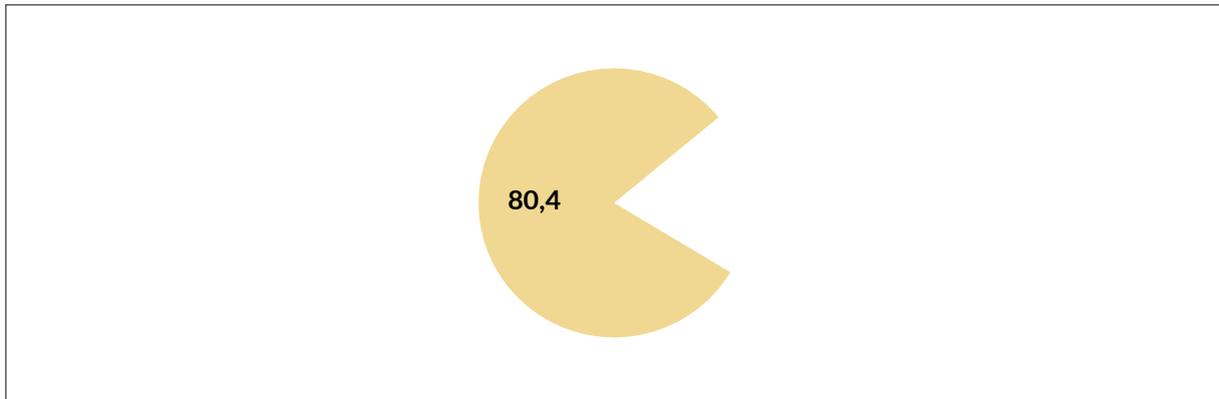
DOKUMENTATION

Vorläufiges Endergebnis der Präsidentschaftswahl in Usbekistan vom 24. Oktober 2021

Grafik 1: Vorläufiges Endergebnis der Präsidentschaftswahlen in Usbekistan am 24. Oktober 2021 (in % der abgegebenen Stimmen)



Quelle: Zentrale Wahlkommission der Republik Usbekistan (<https://www.saylov.uz/en/news/2021/10/25/ozbekiston-respublikasi-markaziy-saylov-komissiyasining-raisi-zayniddin-nizamxodjaevning-matbuot-anjumanidagi-nutqi>), zuletzt aufgerufen am 08. November 2021

Grafik 2: Wahlbeteiligung bei den Präsidentschaftswahlen in Usbekistan am 24. Oktober 2021 (in %)

Quelle: Zentrale Wahlkommission der Republik Usbekistan (<https://www.saylov.uz/en/news/2021/10/25/ozbekiston-respublikasi-markaziy-saylov-komissiyasining-raisi-zayniddin-nizamxodjaevning-matbuot-anjumanidagi-nutqi>), zuletzt aufgerufen am 08. November 2021

Tabelle 1: Vorläufiges Endergebnis der Präsidentschaftswahl in Usbekistan vom 24. Oktober 2021

Kandidat	Partei	Stimmen	%
Schawkat Mirsijojew	Liberaldemokratische Partei	12.986.087	80,1
Maqsuda Worisowa	Volksdemokratische Partei	1.070.015	6,6
Alischer Qodirow	Demokratische Partei der Nationalen Wiedergeburt »Milli Tiklanisch«	891.679	5,5
Narzullo Oblomurodow	Ökologische Partei	664.706	4,1
Bahrom Abduhalimow	Sozialdemokratische Partei »Adolat«	551.220	3,4
Gültige Stimmen		16.163.707	99,7
Ungültige Stimmen / Leerstimmen		48.636	0,3
Abgegebene Stimmen Insgesamt		16.212.343	100
Wahlberechtigte / Wahlbeteiligung		20.158.907	80,4

Quelle: Zentrale Wahlkommission der Republik Usbekistan (<https://www.saylov.uz/en/news/2021/10/25/ozbekiston-respublikasi-markaziy-saylov-komissiyasining-raisi-zayniddin-nizamxodjaevning-matbuot-anjumanidagi-nutqi>), zuletzt aufgerufen am 08. November 2021

21. September –08. Dezember 2021

Kasachstan

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Zentralasien-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Rostam Onori und Richard Schmidt

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

21.9.2021	In seiner Ansprache zur Lage der Nation stellt Präsident Kasym-Dschomart Tokajew ein Reformpaket vor, welches u. a. die politische Transparenz sowie die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit erhöhen soll.
27.9.2021	Der kasachstanische Botschafter in Afghanistan Jesengheldijew führt in Kabul Gespräche mit dem kommissarischen »Außenminister« der Taliban, Amir Khan Muttaqi, wobei sich beide Seiten auf eine Erhöhung des bilateralen Handels verständigen.
30.9.2021	Präsident Tokajew und sein russischer Amtskollege Wladimir Putin nehmen am Russisch-Kasachstanischen Interregionalen Kooperationsforum teil. Kasachstan beginne mit dem russischen Mineralölkonzern Lukoil zwei Mineralölquellen im Kaspischen Meer zu erschließen, so Tokajew.
30.9.2021	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das Finanz- und Eigentumsstransaktionen von Beamten:innen und deren Familienangehörigen unter staatliche Überwachung stellt.
5.10.2021	Präsident Tokajew empfängt die EU-Sonderbeauftragte für Zentralasien, Terhi Hakala, und den EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte, Eamon Gilmore, in Nur-Sultan zu Gesprächen. Beide Seiten besprechen den wirtschaftlichen und politischen Reformprozess und die Lage in Afghanistan.
11.10.2021	Präsident Tokajew empfängt den slowakischen Minister für Äußere und Europäische Angelegenheiten, Ivan Korčok, in Nur-Sultan zu Gesprächen, u. a. über die regionale Sicherheit mit Hinsicht auf die Situation in Afghanistan und die Zusammenarbeit im Kampf gegen die Pandemie.
11.10.2021	Bei einer virtuellen Gerichtsverhandlung werden u. a. fünf Personen wegen Mitgliedschaft in verbotenen Organisationen, der Demokratischen Wahl Kasachstans (DCK) oder der Partei Kosche, zu fünfjährigen Freiheitsstrafen verurteilt.
13.10.2021	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, welches die Todesstrafe auf schwere Kriegsverbrechen beschränkt. Seit 2003 sind Hinrichtungen in Kasachstan ausgesetzt.
14.10.2021	Präsident Tokajew leitet die Online-Sitzung des Höchsten Eurasischen Wirtschaftsrates, bei der u. a. der Abbau von Handelsbarrieren und die Harmonisierung technischer Regularien im Vordergrund stehen. Kasachstan hat aktuell den EAEU-Vorsitz inne.
15.10.2021	In Ekibastus (Gebiet Pawlodar) müssen zwei Wärmekraftwerke notabgeschaltet werden, um eine mögliche Überlastung des nördlichen Stromnetzes zu vermeiden. Die erhöhte Stromnachfrage wird u. a. auf vermehrte Aktivitäten im Bereich Crypto Currency Mining zurückgeführt.
15.10.2021	Auf der 76. UN-Generalversammlung in New York wird Kasachstan für den Zeitraum zwischen 2022 und 2024 als Mitglied in den UN-Menschenrechtsrat gewählt.
15.10.2021	Präsident Tokajew nimmt an einer Online-Sitzung des Rates der GUS-Staatsoberhäupter teil. Er schlägt u. a. vor, in Almaty ein Logistikzentrum für humanitäre Hilfe für Afghanistan einzurichten.
19.10.2021	Der Sonderbeauftragte des Präsidenten für internationale Zusammenarbeit Kasychan wird in Kabul vom stellvertretenden »Ministerkabinettsvorsitzenden« der Taliban, Mullah Abdul Ghani Barodar, und dem Taliban-»Außenminister« Muttaqi zu Gesprächen, u. a. über die Bereitstellung von humanitären Hilfsgütern für Afghanistan, empfangen.
25.10.2021	Präsident Tokajew wird in Aschgabat von seinem turkmenischen Amtskollegen Gurbanguly Berdimuchammedow zur Gesprächen empfangen, wobei beide Seiten ihr Interesse an einer Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit bekunden. Unterzeichnete Übereinkommen beziehen sich u. a. auf die Festlegung des gemeinsamen Grenzverlaufes.
28.10.2021	Das Ministerium für digitale Entwicklung und der chinesische Konzern Huawei unterzeichnen ein Kooperationsabkommen zum Aufbau eines landesweiten 5G-Mobilfunknetzes.
1.11.2021	Laut dem Ministerium für Informationen und soziale Entwicklung hat Facebook den kasachstanischen Behörden den Zugriff auf das interne Content Reporting System (CRS) gewährt. Dadurch können »Verstöße sowohl gegen die globalen Inhaltsrichtlinien von Facebook als auch gegen die nationale Gesetzgebung der Republik Kasachstan unverzüglich gemeldet werden.«
2.11.2021	Meta Platforms (zuvor Facebook Inc.) dementiert die Meldung vom Vortag (s. o.). Demnach habe man sich lediglich auf eine Kooperation bei der Entfernung von schädlichen Inhalten verständigt.
3.11.2021	Premierminister Askar Mamin wird in Moskau von seinem russischen Amtskollegen Michail Mischustin zu Gesprächen, u. a. über die Ausweitung der Transitzusammenarbeit, empfangen. In den ersten acht Monaten des laufenden Jahres ist der Handelsumsatz zwischen den Ländern im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 27 % auf 14,7 Mrd. US-Dollar gestiegen.
3.11.2021	Anlässlich des 30. Jahrestages der Unabhängigkeit Kasachstans am 16.12.2021 verabschiedet das Parlament ein Gesetz, das über 2.300 Strafgefangenen und über 11.000 Personen mit Bewährungsstrafen Amnestie gewährt.

5.11.2021	Premierminister Mamin nimmt am ersten Wirtschaftsforum »Europäische Union – Zentralasien« in Bischkek teil. Laut Mamin ist Kasachstan daran interessiert, besonders in Klimafragen eng mit der EU zu kooperieren.
7.11.2021	Bei einer Methanexplosion im Kohlebergwerk Abaiskaja (Gebiet Karaganda) werden sechs Personen getötet und zwei weitere verletzt.
10.11.2021	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das den Transfer von militärischen Gütern, Munition und militärischer Spezialausrüstung nach Tadschikistan und Kirgistan ermöglicht.
12.11.2021	Premierminister Mamin nimmt an einer Online-Sitzung des Rates der GUS-Regierungsoberhäupter teil. Laut Mamin erhole sich die Wirtschaft im GUS-Raum und befände sich im Übergang von einer Krisen- zu einer Post-Pandemie-Entwicklung.
12.11.2021	Präsident Tokajew nimmt an der Eröffnung eines neuen Büros der »Organisation türkischer Staaten« in Istanbul teil.
16.11.2021	Die United States Agency for International Development (USAID) löst ihr Büro in Kabul auf und verlegt dieses nach Almaty.
23.11.2021	Der Erste Präsident Nursultan Nasarbajew gibt den Vorsitz der Partei Nur-Otan an Präsident Kasym-Dschomart Tokajew ab.
26.11.2021	Nach Angaben des usbekischen Verteidigungsministeriums haben die Armeen Usbekistans und Kasachstans im usbekischen Termes ein gemeinsames Manöver mit 300 Soldaten abgehalten, bei dem demnach die Abwehr eines Einfalls von dritter Seite nach Usbekistan geübt wurde.
26.11.2021	Präsident Tokajew wird in Brüssel von der Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen zu Gesprächen, u. a. über die Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Wirtschaft und Investitionen, empfangen.
29.11.2021	Präsident Tokajew wird in Genf vom WHO-Generaldirektor Tedros Ghebreyesus zu Gesprächen, u. a. über die Förderung kasachstanischer Impfstoffe durch die WHO, empfangen.
29.11.2021	In Almaty werden sechs Personen festgenommen, die vor dem chinesischen Konsulat gegen die Verhaftung ihrer Verwandten in Xinjiang durch chinesische Behörden protestiert haben.
30.11.2021	Präsident Tokajew wird in Genf vom Schweizer Bundespräsidenten Guy Parmelin zu Gesprächen, u. a. über die Zusammenarbeit in den Bereichen Landwirtschaft, Transport und Logistik, empfangen.
1.12.2021	Anlässlich des 30. Jahrestages der Unabhängigkeit Kasachstans am 16.12.2021 gibt die Zentralbank eine 20.000-Tenge-Jubiläumsbanknote mit dem Abbild des Ersten Präsidenten Nursultan Nasarbajew heraus.
6.12.2021	Präsident Tokajew und der Erste Präsident Nasarbajew empfangen den usbekischen Präsidenten Schawkat Mirsijojew in Nur-Sultan zu Gesprächen. In einem gemeinsamen Übereinkommen erklären beide Seiten die bilateralen Beziehungen auf den Status alliierter Bündnispartner anheben zu wollen.
6.12.2021	Auf dem usbekisch-kasachstanischen Wirtschaftsforum in Nur-Sultan werden wirtschaftliche Vereinbarungen im Gesamtwert von 5,9 Mrd. US-Dollar abgeschlossen.
8.12.2021	Laut dem aktuellen Zensus, der zwischen dem 1.9.2021 und dem 30.10.2021 durchgeführt wurde, umfasst die Bevölkerung des Landes 19.169.559 Personen.

Kirgistan

23.9.2021	Am Rande der UN-Generalversammlung in New York führt Außenminister Ruslan Kasakbajew Gespräche mit seinem iranischen Amtskollegen Hossein Amirabdollahian. Laut Amirabdollahian stellt die iranische Seite Kirgistan für den Transit von Waren ein Grundstück im Hafen von Bandar Abbas bereit.
23.9.2021	Der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates Masadykow führt in Kabul Gespräche mit dem kommissarischen »Außenminister« der Taliban, Amir Khan Muttaqi, wobei sich beide Seiten auf eine weitere allgemeine Zusammenarbeit einigen.
1.10.2021	Laut Energieminister Bekmursajew importiert Kirgistan fortan Strom aus Tadschikistan. Zuvor war der Wasserpegel des Toktogul-Stausees (Gebiet Talas) unter ein kritisches Niveau gefallen.
4.10.2021	Zur Stabilisierung des Som-Wechselkurses verkauft die Zentralbank Währungsreserven im Wert von 40,7 Mio. US-Dollar. Es handelt sich bereits um die siebte Intervention in diesem Jahr, wobei bisher 311 Mio. US-Dollar verkauft wurden.
5.10.2021	Gemeinsam mit seinem ungarischen Amtskollegen Peter Szijarto eröffnet Außenminister Kasakbajew die kirgisische Botschaft in Budapest.
9.10.2021	Präsident Dschaparow empfängt die EU-Sonderbeauftragte für Zentralasien, Terhi Hakala, und den EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte, Eamon Gilmore, in Bischkek zu Gesprächen. Gilmore betont mit Hinblick auf ein aktuell diskutiertes Gesetz, dass die Unabhängigkeit von Gewerkschaften »essenziell« sei.
11.10.2021	Indien wird Kirgistan ein Vorzugsdarlehen im Wert von 200 Mio. US-Dollar bereitstellen. Darauf einigten sich Außenminister Kasakbajew und sein indischer Amtskollege Subrahmanyam Jaishankar in Bischkek.
11.10.2021	Präsident Dschaparow unterzeichnet das Gesetz »über das Ministerkabinett der Kirgisischen Republik«, das u. a. das Verfahren zur Zusammensetzung des Ministerkabinetts regelt. Der Präsident kann ab sofort auf eigene Initiative hin eine neue Regierung bilden und dem Parlament Kandidat:innen vorschlagen. Auch können Mitglieder des Kabinetts ab sofort nur noch nach Zustimmung des Präsidenten strafrechtlich belangt werden.
12.10.2021	Zur Stabilisierung der Energiepreise wird der Kohlepreis ab sofort staatlich reguliert.
12.10.2021	Präsident Dschaparow löst per Dekret das Ministerkabinett auf. Der bisherige Finanz- und Wirtschaftsminister Akylbek Dschaparow (nicht mit dem Präsidenten verwandt) wird daraufhin zum neuen Ministerkabinettsvorsitzenden und Chef der Präsidialadministration ernannt.
12.10.2021	Der Internationale Währungsfonds (IWF) erlässt Kirgistan Kreditschulden im Gesamtwert von 12 Mio. US-Dollar.
13.10.2021	Das Parlament bestätigt und vereidigt die neue Regierung unter dem Ministerkabinettsvorsitzenden Akylbek Dschaparow. U. a. wird der Vorsitzende des Staatlichen Komitees für Nationale Sicherheit (GKNB), Kamtschibek Taschijew, ebenfalls das Amt des stellvertretenden Ministerkabinettsvorsitzenden bekleiden.
14.10.2021	Laut dem Außenministerium hat Kirgistan den afghanischen Pamir-Kirgis:innen 95 t humanitäre Hilfsgüter und Lebensmittel zukommen lassen. Im Rahmen der Hilfslieferungen vereinbarten kirgisische Diplomaten mit Taliban-Vertretern die zukünftige Sicherheit der afghanischen Kirgis:innen.
14.10.2021	Auf der Online-Sitzung des Höchsten Eurasischen Wirtschaftsrates fordert Präsident Dschaparow die Schaffung eines einheitlichen eurasischen Erdgasmarktes zu beschleunigen.
15.10.2021	Laut Boldmedya wird der Gründer der Kette von Sapat-Lyzeen, Orhan Inandi, während seiner Haft gefoltert, sein rechter Arm wurde gebrochen. Inandi wurde Ende Mai vom türkischen Nachrichtendienst MIT aus Bischkek in die Türkei entführt, wo er wegen angeblicher Mitgliedschaft in der Gülen-Bewegung unter Anklage steht.
15.10.2021	Präsident Dschaparow nimmt an einer Online-Sitzung des Rates der GUS-Staatsoberhäupter teil. Thema ist die wirtschaftliche Entwicklung der GUS-Staaten bis 2030.
20.10.2021	Der Oberste Gerichtshof nimmt das Verfahren im Fall der illegalen Freilassung des Verurteilten Asis Batukajew durch den damaligen Präsidenten Almasbek Atambajew wieder auf, nachdem die Staatsanwaltschaft eine Erhöhung der Strafe für Atambajew gefordert hat.
20.10.2021	An der Kirgisischen Nationaluniversität in Bischkek eröffnet Bildungsminister Kupeschew ein kirgisisch-chinesisches Institut, das zusammen mit der Henan-Universität in Kaifeng gegründet wurde. Es handelt sich um die erste höhere chinesische Bildungseinrichtung in Kirgistan.
21.10.2021	Präsident Dschaparow unterzeichnet das »Gesetz über die lokale staatliche Verwaltung und lokale Regierungskörperschaften«, das die Ernennung von Bürgermeister:innen und Bezirksvorsitzenden vollständig in den Kompetenzbereich des Präsidenten legt.

22.10.2021	Laut dem stellvertretenden Ministerkabinettsvorsitzenden Baisalow werden die Grenzen für Student:innen aus Tadschikistan wieder geöffnet. Nach einem Grenzkonflikt mit Tadschikistan Ende April wurde die Grenze mit Tadschikistan geschlossen.
22.10.2021	Im Rahmen einer Zeremonie werden 40 gepanzerte Fahrzeuge zur Verstärkung der Grenze mit Tadschikistan im Gebiet Batken an den Grenzschutzdienst übergeben. In seiner Ansprache verkündet der GKNB-Vorsitzende Taschijew ohne Angabe der Stückzahl, dass Kirgistan der Türkei Bayraktar-Kampfdrohnen abgekauft hat. Die Piloten würden demnach in der Türkei ausgebildet.
23.10.2021	Auf einer Pressekonferenz äußert Präsident Dschaparow, dass Kirgistan sich nicht als Standort für eine US-Militärbasis anbieten werde.
25.10.2021	Präsident Dschaparow unterzeichnet ein Dekret, das die Zusammensetzung des neuen Antikorruptionsrates unter seinem Vorsitz bestätigt.
27.10.2021	Bei einem Treffen zwischen dem Gouverneur des Gebietes Batken und dem Gouverneur des tadschikischen Gebietes Sughd einigen sich beide Seiten u. a. auf ein Verbot zur Errichtung von Anlagen in Grenznähe, dem Zurücktreiben von Vieh, das die Grenze überschritten hat, sowie gemeinsame Maßnahmen gegen Schmuggel.
27.10.2021	Im Rahmen des COVAX-Programmes treffen 250.000 Dosen des Impfstoffes von BioNTech / Pfizer und 111.600 Dosen des Impfstoffes von Sinopharm in Kirgistan ein.
28.10.2021	Der landesweite Wahlkampf für die Parlamentswahl am 28.11.2021 beginnt. Insgesamt konkurrieren 1046 Kandidat:innen um 54 Listenmandate und 335 Kandidat:innen um 36 Direktmandate.
29.10.2021	Laut eigenen Angaben wird die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) Kirgistan für Impfungen gegen Covid-19 12,5 Mio. US-Dollar als Zuschuss bereitstellen und dieselbe Summe zusätzlich als Kredit.
2.11.2021	Präsident Dschaparow nimmt an der Climate Change Conference im schottischen Glasgow teil, wobei er in seiner Ansprache äußert, dass Kirgistan die Aussetzung der Kohlenutzung bis 2050 plane.
2.11.2021	Laut der kanadischen Centerra Gold Inc. ist die Goldproduktion in der Kumtor-Mine (Gebiet Issyk-Kul) seit ihrer de-facto-Verstaatlichung im Mai um ein Viertel gesunken.
4.11.2021	Laut dem stellvertretenden Vorsitzenden des Nationalen Sicherheitsrates Masadykow ist Kirgistan nicht bereit, die Taliban als legitime Regierung Afghanistans anzuerkennen. Gleichzeitig sei es laut Masadykow falsch, die Taliban weiterhin international zu isolieren.
5.11.2021	Die Zentrale Wahlkommission (CEC) verweigert der investigativen Medienorganisation Kloop die Akkreditierung zur Beobachtung der Parlamentswahl am 28.11.2021, da die Organisation laut offizieller Verlautbarung keinen Wahl- oder Menschenrechtsschwerpunkt habe. Kloop hat den Einsatz von 1.500 Beobachter:innen geplant.
5.11.2021	In Bischkek findet das erste Wirtschaftsforum »Europäische Union – Zentralasien« statt. In ihrer virtuellen Ansprache nennt die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen grüne Konjunkturbelebung, Digitalisierung und die Verbesserung von wirtschaftlichen Rahmenbedingungen als Priorität der EU für die Zusammenarbeit mit Zentralasien.
8.11.2021	Laut dem World Air Quality Index, der insgesamt 94 Städte auf der ganzen Welt erfasst, ist Bischkek mit einem Wert von 260 erneut die Stadt mit der schlechtesten Luftqualität bzw. höchsten Luftverschmutzung. Delhi (204) und Lahore (172) folgen dahinter.
9.11.2021	Außenminister Kasakbajew eröffnet zusammen mit der italienischen stellvertretenden Außenministerin Marina Sereni eine kirgisische Botschaft in Rom.
12.11.2021	Präsident Dschaparow nimmt an der Eröffnung eines neuen Büros der »Organisation türkischer Staaten« in Istanbul teil.
12.11.2021	Laut dem UN-Ausschuss gegen Folter sind kirgisische Behörden schuld daran, dass der Gründer der Kette von Sapat-Lyzeen, Orhan Inandi, Ende Mai vom türkischen Nachrichtendienst MIT in die Türkei entführt werden konnte.
26.11.2021	Laut dem Staatlichen Komitee für Nationale Sicherheit (GKNB) wurden über 15 Personen festgenommen, die für den Wahltag am 28.11.2021 die Organisation von Massenprotesten und einen Staatsstreich geplant haben sollen.
28.11.2021	Landesweit finden Wahlen zum achten Dschogorku Kenesch, dem nationalen Einkammerparlament, statt. Insgesamt konkurrieren 1.015 Kandidat:innen von insgesamt 21 Parteien um 54 Listenmandate und 282 Kandidat:innen um 36 Direktmandate.

29.11.2021	Präsident Sadyr Dschaparow nimmt am Gipfeltreffen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECO) in Aschgabat teil. Am Rande des Gipfels führt Dschaparow bilaterale Gespräche mit seinem turkmenischen Amtskollegen Gurbanguly Berdymuchammedow, u. a. über die Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Wirtschaft und Energie.
29.11.2021	Laut dem Spezialkoordinator der OSZE/ODIHR-Beobachtermission Peter Juul-Jensen war die Parlamentswahl am Vortag kompetitiv und transparent. Während Verstöße nur in insignifikantem Ausmaß vorkamen, waren grundlegende Freiheiten gewährleistet. Während der Stimmenauszählung und Auflistung wurden signifikante Probleme beim Ablauf festgestellt.
1.12.2021	Laut einer öffentlichen Stellungnahme der EU seien Grundfreiheiten und Transparenz bei der Parlamentswahl am 28.11.2021 gewährleistet gewesen. Die kirgisischen Behörden werden aufgerufen, technische Probleme, die während der Stimmauszählung aufgetreten sind, zu untersuchen.
1.12.2021	Vor dem Gebäude der Zentralen Wahlkommission (CEC) in Bischkek demonstrieren ca. 300 Unterstützer:innen der Partei Ata-Meken und anderer oppositioneller Parteien, die den Einzug ins Parlament laut automatischer Vorauszählung verpasst haben, gegen angeblichen Betrug bei der Parlamentswahl am 28.11.2021 und fordern Neuwahlen.
1.12.2021	Nach eigenen Angaben ist der Ata-Meken-Parteivorsitzende Omurbek Tekebajew in Bischkek in einem Restaurant von über 70 verummten Personen angegriffen und geschlagen worden. Präsident Dschaparow ordnet eine gründliche Untersuchung des Vorfalls an.
3.12.2021	Drei Abgeordnete des Stadtrates von Tokmok (Gebiet Tschui) gestehen öffentlich, den Ata-Meken-Parteivorsitzenden Tekebajew am 1.12.2021 in Bischkek attackiert zu haben. Sie bitten Tekebajew öffentlich um Entschuldigung, welche dieser annimmt. Er wolle demnach auf ein rechtliches Verfahren gegen die Angreifer verzichten.
6.12.2021	Die CEC gibt die Ergebnisse der Parlamentswahl vom 28.11.2021 bekannt. Neben 32 unabhängigen Abgeordneten ziehen insgesamt acht Parteien ins neue Parlament ein, darunter die als Präsident Dschaparow nahestehend geltenden Ata-Dschurt, Ischenim und Yntymak. (Die ausführlichen Wahlergebnisse finden Sie in der Dokumentation der kommenden Ausgabe Nr. 151.)

Tadschikistan

24.9.2021	Während seiner Rede vor der UN-Vollversammlung verweist Präsident Emomali Rachmon auf die Lage in Afghanistan. Die Menschen dort seien mit schrecklicher Gewalt konfrontiert, es käme zu Massakern an Zivilist:innen sowie ehemaligen Beamten und Sicherheitskräften, so Rachmon.
24.9.2021	Aus den grenznahen afghanischen Gebieten Takhar sowie Badachschan wird die massive Stationierung von Taliban-Spezialeinheiten gemeldet.
25.9.2021	Via Twitter bestätigt Taliban-Sprecher Zabiullah Mudschahid entsprechende Gerüchte über Truppenverlegungen nach Takhar. Diese seien dort um »potenzielle Sicherheitsbedrohungen und andere Herausforderungen zu bewältigen.«
26.9.2021	Abdul-Salam Hanafi, stellv. Vorsitzender der »Talibanregierung«, verurteilt in einem Interview mit Al Jazeera die »Einmischung Tadschikistans in innere Angelegenheiten Afghanistans«. Jede Aktion würde abgewehrt werden. Gleichwohl bestünde Interesse an guten Beziehungen zu Tadschikistan.
28.9.2021	Im afghanischen Ischkaschim (Ortschaft nahe der gleichnamigen tadschikischen Siedlung im Autonomen Gebiet Berg-Badachschan) haben sich Berichten zufolge 400 Afghan:innen versammelt, um nach Tadschikistan zu fliehen. RFE/RL zufolge hätten die Taliban ihnen mit harten Strafen gedroht, sollten sie nicht zurückkehren. Tadschikistan verweigert ihnen die Einreise.
30.9.2021	Alexei Zaitsew, Vertreter des russischen Außenministeriums, äußert seine Sorge hinsichtlich der beidseitigen Mobilisierung von Truppen entlang der tadschikisch-afghanischen Grenze.
1.10.2021	Aufgrund von Wassermangel im Toktogul-Stausee beginnt Kirgistan Strom aus Tadschikistan zu importieren, verkündet der kirgisische Energieminister Bekmursajew.
6.10.2021	Illegaler Religionsunterricht, auch online, wird künftig mit bis zu drei Jahren Haft geahndet, meldet der tadschikische Dienst von RFE/RL. Das Unterhaus stimmt einer entsprechenden Gesetzesänderung zu.
7.10.2021	Die Taliban betonen die Beziehungen zu Tadschikistan verbessern zu wollen und Meinungsverschiedenheiten ausschließlich mit diplomatischen und politischen Mitteln beizulegen, berichtet RFE/RL.
13.10.2021	Aus mehreren Orten werden Stromausfälle zwischen 8–17 Uhr gemeldet, berichtet Fergana Agency. Landesweit wird jährlich im Winter der Strom rationiert, wodurch es zu Ausfällen kommt.
13.10.2021	Präsident Putin erklärt sich gegenüber nachrichtendienstlichen Vertretern der GUS-Staaten besorgt über eine mögliche Migration von IS-Terroristen aus Syrien und dem Irak nach Afghanistan. Dies berichtet Fergana Agency mit Verweis auf RIA Novosti.
18.10.2021	4.000 Soldaten der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) nehmen an einer fünftägigen Großübung auf den Truppenübungsplätzen Harbmaidon und Momirak (Gebiet Khatlon) teil. Simuliert wird ein Grenzkonflikt bei dem islamistische Kämpfer in tadschikisches Staatsgebiet eindringen.
18.10.2021	Laut mehrerer Berichte verlegen die Taliban weitere Kämpfer der Jamaat Ansarullah an die Grenze mit Tadschikistan. Jamaat Ansarullah ist eine islamistische Terrorgruppe, die 2010 von einem ehemaligen Kommandanten der Vereinigten Tadschikischen Opposition in Afghanistan gegründet wurde und nach eigenen Angaben den Sturz der Regierung in Duschanbe verfolgt. 2010 hat die Gruppe bei einem Sprengstoffanschlag auf ein Polizeigebäude in Chudschand zwei Personen getötet und 20 weitere verletzt.
19.10.2021	Izzat Amon, Anwalt von Arbeitsmigrant:innen in Moskau, wird in Duschanbe wegen Betrugs zu neun Jahren Haft verurteilt. Nach der Veruntreuung von Geld seiner Mandant:innen wurde Amon von Russland ausgebürgert und nach Tadschikistan abgeschoben.
21.10.2021	Bei der Großübung der OVKS-Truppen flieht ein russischer Soldat aus unbekanntem Gründen.
25.10.2021	Auf dem Militärflugplatz Ajni landet ein belarussisches Frachtflugzeug mit 40 Tonnen Hilfsgütern, darunter Lebensmittel und Generatoren. Wofür die Hilfe bestimmt ist bleibt unbekannt.
27.10.2021	Japan stellt Afghanistan und seinen Nachbarstaaten humanitäre Hilfe in Höhe von insgesamt 65 Mio. US-Dollar zur Verfügung. Tadschikistan erhält in diesem Rahmen 700.000 US-Dollar.
27.10.2021	Auf der Weltklimakonferenz in Glasgow werden alle zentralasiatischen Republiken erstmalig als gemeinsame Region auftreten und eine konsolidierte Position zu Fragen des Klimawandels vortragen, meldet Fergana Agency.
28.10.2021	China bezuschusst den Bau einer Basis für Schnellreaktionskräfte der Grenztruppen mit 8,5 Mio. US-Dollar. Die Einheit soll aus einem Komplex mit insgesamt 12 Gebäuden heraus agieren, der in Ischkaschim (Autonomes Gebiet Berg-Badachschan, VMKB) errichtet werden soll.
29.10.2021	Die gegen die Taliban kämpfende Nationale Widerstandsfront Afghanistans (FNR) eröffnet in Duschanbe ein Büro.

29.10.2021	Wang Wenbin, Vertreter des chinesischen Außenministeriums, dementiert die Existenz chinesischer Militärbasen in zentralasiatischen Staaten. Im Bezirk Murghab (VMKB) gibt es seit 2016 Berichte über eine mutmaßliche chinesische Militärbasis auf tadschikischem Territorium. Laut offizieller tadschikischer Darstellung handelt es sich hierbei um einen mit chinesischen Mitteln finanzierten tadschikischen Militärposten.
30.10.2021	Fergana Agency berichtet, dass insgesamt 25 % der afghanischen Militärflugzeuge durch fliehende afghanische Soldaten nach Usbekistan und Tadschikistan evakuiert worden seien.
1.11.2021	Ahmad Massoud, Anführer der FNR, befindet sich offenbar in Tadschikistan, so Wasik, stellv. Gouverneur der afghanischen Provinz Pandschschir.
5.11.2021	Per Dekret entlässt Präsident Rachmon den Gouverneur des Autonomen Gebietes Berg-Badachschan (VMKB), Yodgor Faizow, ohne Angabe von Gründen. Sein Nachfolger wird Alischer Mirzonabat, bisheriger Bürgermeister von Chorog und ehem. stellv. Vorsitzender des Staatlichen Komitees für Nationale Sicherheit (GKNB).
9.11.2021	Staatsbürger:innen aus 52 Staaten, u. a. Deutsche, können ab dem 1.1.2022 für bis zu 30 Tage visafrei nach Tadschikistan einreisen.
10.11.2021	Kasachstan spendet militärische Ausrüstung sowie Munition an Kirgistan und Tadschikistan.
15.11.2021	In einem Interview mit Asia-Plus fordert UNHCR-Kommissar Zevdi Tadschikistan auf, seine Grenzen für afghanische Flüchtlinge zu öffnen und diese nicht in ihre Heimat zurückzuschicken.
17.11.2021	Die OVKS hält ein zweitägiges Spezialkräfte-Training in »Fachrobod« (Gebiet Kulob) ab.
25.11.2021	Sicherheitsbeamte versuchen in Chorog (VMKB) Gulbiddin Zijobekow festzunehmen. Ihm wird u. a. die Geiselnahme eines Staatsanwaltes im Februar 2020 vorgeworfen. Offiziellen Angaben zufolge versuchte Zijobekow sich zu wehren und wurde dabei von Polizisten erschossen.
25.11.2021	In Chorog kommt es zu Unruhen. Demonstrant:innen versammeln sich mit dem Leichnam Zijobekows an zentralen Orten. Unbestätigten Berichten zufolge werden drei Protestierende erschossen. Das Militär dringt in die Stadt ein, die Internetversorgung wird unterbrochen.
26.11.2021	Am zweiten Tag der Proteste in Chorog formulieren Demonstrant:innen verschiedene Forderungen. Sie werfen der Regierung eine gezielte Verunglimpfung von jungen Menschen aus der Pamirregion vor und fordern u. a. die sofortige Entmilitarisierung von VMKB.
28.11.2021	Das Hauptquartier für öffentliche Sicherheit und Ordnung in VMKB gibt bekannt, dass »illegale Kundgebungen« beendet und die öffentliche Ordnung in Chorog wiederhergestellt worden sei.
29.11.2021	Nach Verhandlungen zwischen der Regierung und lokalen Kräften in VMKB werden mehrere errichtete militärische Checkpoints aus Chorog wieder abgebaut. Fergana-Agency berichtet derweil von 5.000–6.000 Protestierenden in den Vortagen.
29.11.2021	Präsident Rachmon nimmt am Gipfeltreffen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECO) in Aschgabat teil. Rachmon schlägt vor, pandemiebedingte Einschränkungen im Transit und Transport der ECO-Staaten aufzuheben.
7.12.2021	Laut Asia-Plus ist in weiten Teilen von VMKB seit den Unruhen Ende November die Internetversorgung unterbrochen.

Turkmenistan

27.9.2021	In Aschgabat findet anlässlich des 30. Jahrestages der Unabhängigkeit Turkmenistans eine Militärparade statt. Offizielle ausländische Gäste sind u. a. der Bürgermeister von St. Petersburg, Alexander Beglow, und der Präsident der russischen Teilrepublik Tatarstan, Rustam Minnichanow.
30.9.2021	Der turkmenische Botschafter zu Afghanistan, Owesow, führt in Kabul Gespräche mit dem kommissarischen »Außenminister« der Taliban, Amir Khan Muttaqi, u. a. über den Bau der Turkmenistan–Afghanistan–Pakistan–Indien-Gaspipeline (TAPI). Laut einem Sprecher des »Außenministeriums« der Taliban haben diese ein Interesse an der Fertigstellung des afghanischen Abschnittes der TAPI.
1.10.2021	In einem Interview mit der russischen Nachrichtenagentur TASS bringt Präsident Berdymuchammedow seine Bereitschaft zu einer »engen Zusammenarbeit« mit den Taliban zum Ausdruck. Außerdem wolle er »Hilfe zur Normalisierung der Situation in Afghanistan leisten«.
4.10.2021	Während einer Sitzung des Sicherheitsrates entlässt Präsident Berdymuchammedow Justizminister Begmurat Muchamedow von seinem Amt. Merettagan Taganow wird zum neuen Justizminister ernannt; er hatte das Amt zuvor stellvertretend inne.
4.10.2021	Laut Chronika Turkmenistana werden landesweit weitere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von Covid-19 umgesetzt. Aus Daschogus wird gemeldet, dass Eingänge von Häusern und Wohnblöcken mit einer Lösung besprüht wurden.
5.10.2021	Präsident Berdymuchammedow wird in Taschkent von seinem usbekischen Amtskollegen Schawkat Mirsijojew zu Gesprächen empfangen, wobei sich beide Seiten u. a. auf eine Intensivierung der Zusammenarbeit beim Ausbau von Transport- und Transitkorridoren im Sinne des Aschgabat-Übereinkommens verständigen. Beide Seiten einigen sich u. a. auf eine weitere Zusammenarbeit zur »Normalisierung der politischen Situation in Afghanistan«.
8.10.2021	Am Rande einer in Aschgabat stattfindenden Gesundheitskonferenz führt Präsident Berdymuchammedow mit dem WHO-Regionaldirektor für Europa, Hans Kluge, Gespräche, u. a. über die weitere Zusammenarbeit im Kampf gegen die Pandemie. Laut Berdymuchammedow sei Turkmenistan weiterhin frei von Covid-19.
9.10.2021	Präsident Berdymuchammedow erlässt ein Dekret, mit dem der Mindestlohn, Stipendien, Renten und Sozialleistungen ab dem 1.1.2022 um 10 % auf 1.050 Manat (ca. 300 US-Dollar) angehoben werden.
9.10.2021	Präsident Berdymuchammedow besucht die »EXPO 2020« in Dubai. Bei Gesprächen zwischen Berdymuchammedow und dem emiratischen Minister für Präsidenschaftsangelegenheiten werden sechs Dokumente unterzeichnet, die u. a. eine Zusammenarbeit zwischen dem Hafen von Turkmenbaschi und dem emiratischen Hafenerbetreiber DP World vorsehen.
12.10.2021	In Istanbul werden drei turkmenische Menschenrechtsaktivisten von Unbekannten angegriffen und verletzt.
14.10.2021	Auf Einladung seines chinesischen Amtskollegen Xi Jinping nimmt Präsident Berdymuchammedow an der Online-UN-Weltkonferenz für nachhaltigen Transport teil. In seiner Ansprache fordert Berdymuchammedow die Weltgemeinschaft auf, Binnenstaaten bei ihren Bemühungen um Zugang zu den Weltmeeren stärker zu unterstützen.
14.10.2021	Laut der iranischen Nachrichtenagentur Mehr habe sich Turkmenistan bereit erklärt, den Grenzübergang Intschech-Borun zwei Jahre nach Pandemiebeginn wiederzueröffnen.
15.10.2021	Laut dem Organized Crime and Corruption Reporting Network (OCCRP) werden die turkmenische Dünger-, Erdöl- und petrochemische Industrie weitgehend von den Neffen von Präsident Berdymuchammedow, Chadschimurat und Schamurat Redschepow, kontrolliert. Zudem hätten beide in Dubai insgesamt 16 Wohnungen erworben. Die Befunde beruhen auf den Pandora Papers.
15.10.2021	Präsident Berdymuchammedow nimmt an einer Online-Sitzung des Rates der GUS-Staatsoberhäupter teil. Thema ist die wirtschaftliche Entwicklung der GUS-Staaten bis 2030.
15.10.2021	Laut dem turkmenischen Dienst von RFE/RL sind seit dem Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 mehr als 25.000 Menschen in Turkmenistan an Covid-19 gestorben.
19.10.2021	In Aschgabat bespricht Präsident Berdymuchammedow mit Alekperow, Vorstandsvorsitzender des russischen Mineralölkonzerns Lukoil, die Exploration und Ausbeutung des aserbaidisch-turkmenischen Kohlenwasserstofffeldes »Dostluk« im Kaspischen Meer.
21.10.2021	Per Videokonferenz tagt das Turkmenistan-EU-Komitee, wobei beide Seiten ihr Interesse an einer Stärkung der Zusammenarbeit »zum Wohle gemeinsamer Ziele« bekräftigen.
25.10.2021	Präsident Berdymuchammedow empfängt seinen kasachstanischen Amtskollegen Tokajew in Aschgabat zu Gesprächen. Unterzeichnete Übereinkommen betreffen u. a. die Delimitation der gemeinsamen Landgrenzen.

25.10.2021	Bei einem Treffen von turkmenischen Regierungsvertreter:innen und Vertreter:innen des UN-Büros in Aschgabat geben erstere an, dass bisher mehr als 72 % der turkmenischen Bevölkerung ihre erste Impfung gegen Covid-19 erhalten haben.
27.10.2021	Außenminister Meredow wird in Teheran vom iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi und dem iranischen Außenminister Hossein Amirabdollahian zu Gesprächen, u. a. über die mögliche Wiederaufnahme des seit 2017 ausgesetzten Erdgashandels, empfangen. Laut Mehr wird Turkmenistan in das sog. Tschabahar-Übereinkommen zwischen Iran, Indien und Afghanistan aufgenommen, das einen verstärkten multilateralen Handel vorsieht.
27.10.2021	Außenminister Meredow nimmt in Teheran am zweiten Treffen der Außenminister der Nachbarstaaten Afghanistans teil, wobei er sich für eine Einbindung Afghanistans in regionale Wirtschaftsprojekte ausspricht. In einer gemeinsamen Stellungnahme wird eine »inklusive und breitbasierte politische Struktur unter Teilnahme aller ethnisch-politischen Gruppen« als »einzige Lösung afghanischer Fragen« bezeichnet.
27.10.2021	Laut dem Taliban-Pressesprecher Zabiullah Mudschahid hat der »Öl- und Gasminister« der Taliban, Isa Achund, den turkmenischen Botschafter zu Afghanistan Owesow in Kabul zu Gesprächen über die TAPI-Gaspipeline empfangen. Der Inhalt des Gespräches ist unbekannt.
28.10.2021	Präsident Berdymuchammedow empfängt den Generalsekretär der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECO), Chusraw Noziri, in Aschgabat zu Gesprächen, u. a. über Möglichkeiten zur Vertiefung der Zusammenarbeit unter den Mitgliedstaaten und den bevorstehenden ECO-Gipfel in Aschgabat. Turkmenistan hat aktuell den ECO-Vorsitz inne.
30.10.2021	Außenminister Meredow wird in Kabul von seinem »Amtskollegen« der Taliban-»Regierung«, Muttaqi, zu Gesprächen empfangen. Laut Muttaqi wolle man bald mit dem Bau der TAPI-Gaspipeline beginnen. Laut dem »Innenminister« der Taliban, Siradschuddin Haqqani, werde die Sicherheit aller gemeinsamer Wirtschaftsprojekte gewährleistet.
2.11.2021	Der stellvertretende Ministerkabinettsvorsitzende und Präsidentensohn Serdar Berdymuchammedow nimmt an der Climate Change Conference im schottischen Glasgow teil.
1.11.2021	Laut dem turkmenischen Dienst von RFE/RL wird der im August verhängte landesweite Lockdown für Geschäfte, Märkte und Restaurants um mindestens zwei Wochen verlängert. Hochzeiten und Begräbniszereemonien bleiben ebenfalls weiterhin verboten. Offiziell ist Turkmenistan weiterhin frei von Covid-19.
2.11.2021	Laut Turkmen.news wurde der Blogger Murat Owesow bereits im Sommer 2020 wegen der Veröffentlichung eines Gedichtes über die pandemische Situation in Turkmenistan zu fünf Jahren Haft verurteilt. Der offizielle Grund für die Verurteilung ist »Betrug«.
3.11.2021	Laut dem turkmenischen Dienst von RFE/RL werden Personen, die gegen Maskenregeln verstoßen oder Strom-, Wasser- und Gasrechnungen nicht bezahlt haben, zum Teil als Zwangsarbeiter:innen in staatlichen Betrieben zum Pflücken von Baumwolle eingesetzt.
4.11.2021	Aufgrund der unbekanntenen pandemischen Lage in Turkmenistan rät das US-Gesundheitsministerium US-Bürger:innen von Reisen nach Turkmenistan ab.
8.11.2021	Bei einer Pressekonferenz äußert Catherine Smallwood, Senior Health Emergency Officer des WHO-Büros für Europa, »dass man sich aus wissenschaftlicher Sicht kaum vorstellen kann, dass in Turkmenistan kein Covid-19 zirkuliert«. Es handelt sich um die erste Aussage einer WHO-Vertreterin, die das offizielle Narrativ über die pandemische Situation in Turkmenistan bezweifelt.
9.11.2021	Präsident Berdymuchammedow empfängt den österreichischen Außenminister Michael Linhart in Aschgabat zu Gesprächen, u. a. über die Situation in Afghanistan, Möglichkeiten zur Erhöhung der österreichischen Präsenz auf den turkmenischen Märkten und zur Stärkung des bilateralen Dialoges.
12.11.2021	Präsident Berdymuchammedow nimmt an der Eröffnung eines neuen Büros der »Organisation türkischer Staaten« in Istanbul teil.
16.11.2021	Drei US-Senatoren und ein Mitglied des US-Repräsentantenhauses fordern Präsident Berdymuchammedow in einem offenen Brief zur Freilassung mehrerer politischer Gefangener auf.
16.11.2021	Laut Chronika Turkmenistana hat die Unternehmer- und Industriellenunion von Regierungsseite die Anweisung erhalten, am 15.12.2021 die Wiedereröffnung von seit August landesweit geschlossenen Märkten und Einkaufszentren sicherzustellen.
17.11.2021	TDH veröffentlicht einen Brief von US-Präsident Joe Biden an Präsident Berdymuchammedow, in dem dieser der turkmenischen Seite für ihre Bereitschaft dankt, den Flügen zur Evakuierung von US-Bürger:innen aus Afghanistan den Luftraum geöffnet zu haben.
17.11.2021	In einer öffentlichen Stellungnahme nennt US-Außenminister Antony Blinken Turkmenistan als eines von zehn Ländern, in denen »die Religionsfreiheit systematisch und eklatant verletzt werden.«

25.11.2021	Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow beauftragt seinen Sohn und stellvertretenden Ministerkabinettsvorsitzenden Serdar mit der Aufsicht des nationalen Öl- und Gassektors. Einen Tag zuvor hat Berdymuchammedow es als notwendig bezeichnet, die wirtschaftliche Lage und betriebliche Effizienz der Industrie zu verbessern.
25.11.2021	Per Twitter gibt die WTO-Generaldirektorin Ngozi Okonjo-Iweala bekannt, dass Turkmenistan einen Antrag auf Beitritt zur Organisation eingereicht hat.
26.11.2021	Laut TDH wird das nationale Motto für das Jahr 2022 »Die Ära des Volkes mit dem Arkadag (zu dt. etwa »Patron«)« lauten. Der Titel »Arkadag« wurde Präsident Berdymuchammedow kurz nach seiner Machtübernahme im Jahr 2007 verliehen.
27.11.2021	Präsident Berdymuchammedow empfängt seinen türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdogan in Aschgabat zu Gesprächen über die bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit. Beide Seiten unterzeichnen ein Übereinkommen zur Erhöhung des Handelsvolumens.
29.11.2021	In Aschgabat findet das Gipfeltreffen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECO) unter Vorsitz von Präsident Berdymuchammedow statt. Zu den wichtigsten Übereinkommen zählt eine geplante Freihandelszone im ECO-Raum und eine Vereinbarung zwischen Aserbaidschan, dem Iran und Turkmenistan, sich gegenseitig per Tauschmechanismus mit Gas zu beliefern.
1.12.2021	Laut WHO seit es notwendig, dass die turkmenischen Behörden »die Bemühungen zur Erkennung von Covid-19 intensivieren.«
3.12.2021	Laut der internationalen Menschenrechtskampagne »Zeig Sie lebend!« ist das Schicksal von derzeit 162 Personen, die in turkmenischen Gefängnissen inhaftiert sind, unbekannt.

Usbekistan

23.9.2021	Im globalen Index »Freedom of the Net« verbessert sich Usbekistan um einen Punkt im Vergleich zum Vorjahr. Grund hierfür ist die bessere Verbreitung des Internets, nicht jedoch die Aufhebung der Internetzensur. Insgesamt erzielt Usbekistan 28 Punkte in dem Ranking.
24.9.2021	Im Gebiet Fergana werden Polizeibeamte künftig mit Taser-Geräten bewaffnet, meldet Fergana-Agency.
27.9.2021	Auf einer Wahlkampfveranstaltung in Namangan erwähnt Präsident Schawkat Mirsijojew den Tod eines lokalen usbekischen Grenzsoldaten am Vortag. Dieser sei bei einem Gefecht mit mutmaßlichen Drogenschmugglern getötet worden, so Mirsijojew.
28.9.2021	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz wonach Bürger:innen künftig die Erlangung einer ausländischen Staatsbürgerschaft melden müssen. Andernfalls drohen Strafzahlungen.
4.10.2021	Turkmenistans Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow wird in Taschkent von Präsident Mirsijojew zu einem zweitägigen Staatsbesuch empfangen.
5.10.2021	Präsident Mirsijojew und sein turkmenischer Amtskollege Berdymuchammedow unterzeichnen 23 Kooperationsdokumente, u. a. zur Schaffung einer bilateralen Grenzhandelszone.
5.10.2021	Laut dem afghanischen Sender TOLONews schuldet Afghanistan mehreren Staaten, u. a. Usbekistan, mittlerweile insgesamt 62 Mio. US-Dollar für den Import von Strom.
5.10.2021	Präsident Mirsijojew unterzeichnet ein Gesetz, welches härtere Strafen für Widerstand gegen Regierungsbeamte vorsieht.
8.10.2021	In einem Interview mit der usbekischen Zeitung Pravda Vostoka betont Außenminister Abdulaziz Kamilow, es müsse verhindert werden, dass Afghanistan sich zu einem »Schurkenstaat« wie in den späten 1990er Jahren verwandle.
11.10.2021	In einem Zwischenbericht bilanziert die OSZE-Wahlbeobachtungsmission BDIMR den usbekischen Präsidentschaftswahlkampf: Bei der Wahlgesetzgebung seien Empfehlungen vom BDIMR umgesetzt worden. Es sei jedoch kein echter Wettbewerb zwischen den Kandidat:innen feststellbar gewesen.
11.10.2021	Laut UNICEF nutzen 68 % der jungen Mädchen und Frauen in Usbekistan nicht das Internet.
12.10.2021	Erstmals erhält das Gesundheitsministerium eine Charge des russischen Impfstoffes Sputnik V, welcher direkt in Taschkent produziert wurde.
13.10.2021	In jeder Region Usbekistans wird jeweils ein Wahllokal mit Videokameras ausgestattet, meldet Fergana Agency.
14.10.2021	Human Rights Watch (HRW) kritisiert die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen scharf. Usbekistan habe für seine Reformen inzwischen erhebliche internationale Aufmerksamkeit erhalten, jedoch zeigten die jüngsten Menschenrechtsverletzungen und u. a. das Fehlen unabhängiger Kandidat:innen bei der aktuellen Wahl die Grenzen des Reformprozesses, so Hugh Williamson von HRW.
14.10.2021	Alischer Kadyrow, Präsidentschaftskandidat der Oppositionspartei Millij Tiklanisch, schlägt vor das Einkommen usbekischer Arbeitsmigrant:innen künftig zu besteuern. Im Podcast »Majlis« von RFE/RL spekulieren Expert:innen, Kadyrow sei möglicherweise zu dieser unpopulären Forderung gezwungen worden. Die Hintergründe bleiben unklar. Kadyrow hat sich bereits in der Vergangenheit zu verschiedenen Themen kontrovers geäußert.
15.10.2021	Laut Bericht der US-Kommission für internationale Religionsfreiheit (USCIRF) befinden sich derzeit 2.176 Personen aus religiösen und oder politischen Gründen in Usbekistan in Haft. Dies sei höher als die Zahl der religiösen Gefangenen aller ehemaligen Sowjetrepubliken zusammen.
15.10.2021	In Solnetschnogorsk, Gebiet Moskau, kommen vier usbekische Staatsbürger bei einem Brand auf einer Großbaustelle ums Leben, meldet RFE/RL.
15.10.2021	Seit Januar 2021 hat das Unternehmen Google umgerechnet 2,5 Mio. US-Dollar Steuern in Usbekistan gezahlt. Grundlage hierfür ist ein neues Steuergesetz vom Januar 2020.
18.10.2021	Saudi-Arabien erlaubt geimpften usbekischen Staatsbürger:innen, die mit dem chinesisch-usbekischen Kooperationsvakzin ZF-UZ-VAC2001 geimpft wurden, nicht die Einreise zur Hadsch, meldet RFE/RL.
18.10.2021	Aus der usbekischen Exklave Sokh, welche vollständig vom kirgisischen Gebiet Batken umschlossen ist, wird die Fertigstellung eines neuen Flughafens gemeldet.
22.10.2021	Nach seiner Forderung zur Besteuerung der Einkünfte von Arbeitsmigrant:innen zeigt sich Oppositionskandidat Kadyrow frustriert. Die Menschen würden seine Ideen nicht verstehen und ihn nicht wählen, so Kadyrow.
22.10.2021	Von Januar bis September 2021 stieg das Volumen von Auslandsüberweisungen nach Usbekistan um 34,2 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, meldet der Pressedienst der Zentralbank.

22.10.2021	Der Pressedienst der Zentralbank beziffert die diesjährige Inflation im Land auf 11 %. Der Anstieg fällt höher aus als erwartet. Grund seien u. a. die deutlich gestiegenen Kraftstoffpreise.
22.10.2021	Außenminister Kamilow äußert sich gegenüber der Nachrichtenagentur TASS zu einer möglichen Anerkennung der Talibanregierung in Afghanistan. Eine derartige Anerkennung werde zwar erwogen, hänge jedoch vom Versprechen der Taliban ab, Terrorismus zu bekämpfen.
24.10.2021	Landesweit werden Präsidentschaftswahlen abgehalten. Die Wahlbeteiligung beträgt 80,4 %.
25.10.2021	Bereits vor der Veröffentlichung vorläufiger Wahlergebnisse gratulieren sowohl Russlands Präsident Wladimir Putin als auch sein belarussischer Amtskollege Alexander Lukaschenko Usbekistans Präsidenten Mirsijojew zum Wahlsieg.
25.10.2021	Die Zentrale Wahlkommission erklärt Amtsinhaber Mirsijojew zum Sieger der Wahlen mit 80,1 % der Stimmen. Die weiteren Ergebnisse: Maskuda Worisowa (Demokratische Volkspartei): 6,6 %, Alischer Kadyrow (Nationale Wiederbelebung): 5,5 %, Narzulla Oblomurodow (Ökologische Partei): 4,1 %, Bahrom Abdukhalimow (Gerechtigkeitspartei): 3,4 %
25.10.2021	OSZE-Vertreter:innen, darunter Reinhold Lopatka, Sonderkoordinator der OSZE, kritisieren die Präsidentschaftswahlen: Es seien schwerwiegende Verfahrensverstöße festgestellt worden, Kandidat:innen hätten nicht die Möglichkeit gehabt, das amtierende Staatsoberhaupt zu kritisieren, die Meinungsfreiheit bliebe trotz Medienreformen eingeschränkt.
26.10.2021	Laut einer Stellungnahme begrüßt das US-Außenministerium u. a. die hohe Wahlbeteiligung und den friedlichen Verlauf der Wahl. Ähnlich wie die OSZE-Mission blicke man jedoch mit Sorge auf das restriktive politische Umfeld der Wahlen. Wichtige Wahlvorkehrungen seien missachtet worden.
27.10.2021	Japan stellt Afghanistan und seinen Nachbarstaaten humanitäre Hilfe von Höhe von insgesamt 65 Mio. US-Dollar zur Verfügung. Usbekistan erhält in diesem Rahmen 200.000 US-Dollar.
27.10.2021	RFE/RL meldet, Usbekistan bekunde Interesse an der Entwicklung von Beziehungen zur NATO.
30.10.2021	Fergana Agency berichtet, dass insgesamt 25 % der afghanischen Militärflugzeuge durch fliehende afghanische Soldaten nach Usbekistan und Tadschikistan evakuiert worden seien.
3.11.2021	Uzkomnazorat, Aufsichtsbehörde für die Kontrolle von Internet und Telekommunikation, lässt mehrere soziale Netzwerke im Land sperren, darunter Telegram und YouTube.
4.11.2021	Die am Vortag gesperrten sozialen Netzwerke sind landesweit wieder erreichbar. Dem präsidentialen Pressedienst zufolge war Präsident Mirsijojew nicht in die Entscheidung zur Sperrung miteinbezogen worden. Mirsijojew entbindet den Leiter von Uzkomnazorat von seinen Aufgaben.
4.11.2021	Aus Taschkent und anderen Landesteilen wird ein Staubsturm historischen Ausmaßes gemeldet.
4.11.2021	Vorschulkinder und Erstklässler werden landesweit gegen Grippe geimpft.
7.11.2021	Der polnischen Journalistin Agnieszka Pikulicka wird an der kasachstanisch-usbekischen Grenze die Einreise verweigert. Im Februar hatte Pikulicka einen Mitarbeiter des Außenministeriums der sexuellen Belästigung bezichtigt, woraufhin der Beschuldigte entlassen wurde. Im Zusammenhang mit dem im April misshandelten Blogger Miraziz Bazarow waren Teile von Pikulickas Berichterstattung durch Behörden widersprochen worden.
12.11.2021	Präsident Mirsijojew reist zum Gipfeltreffen des Türkischen Rates nach Istanbul.
15.11.2021	Rustam Inojatow, Berater des usbekischen Präsidenten, wird seines Amtes enthoben. Inojatow leitete 23 Jahre lang den staatlichen Sicherheitsdienst SNB und galt als einflussreicher Vertrauter des verstorbenen Ex-Präsidenten Islom Karimow.
17.11.2021	Die usbekische Luftaufsichtsbehörde »Uzaviation« verbietet Staatsbürger:innen des Iraks, Syriens, Jemens, Libnons, Libyens sowie Afghanistans den Transit in Richtung Belarus via Usbekistan.
18.11.2021	Laut dem epidemiologischen Dienst wurden bislang mehr als 26.000 Usbek:innen von der Arbeit suspendiert, da sie entgegen entsprechender Regelungen ungeimpft blieben.
19.11.2021	In Moskau empfängt Präsident Putin seinen usbekischen Amtskollegen. Beide Seiten unterzeichnen mehrere Dokumente, u. a. zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit in den kommenden fünf Jahren sowie zur Informationssicherheit.

Herausgeber:

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

Redaktion:

Verantwortliche Redakteure: Rostam Onsori und Richard Schmidt
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Luca Anceschi, University of Glasgow
Dr. Beate Eschment, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS), Berlin
Prof. Dr. Martin Petrick, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Halle

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1866-2110 © 2021 by Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH • Mohrenstraße 60 • 10117 Berlin • Telefon: +49 (30) 2005949-20
e-mail: rostam.onsori@zois-berlin.de, richard.schmidt@zois-berlin.de • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.